

Energieeffizient Die Stadt Schaffhausen wurde gestern in Brüssel erneut mit dem «European Energy Award Gold» prämiert.

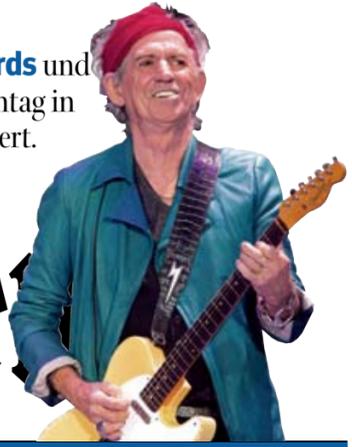
Region Seite 16

Behindertengerecht Am Freien Platz stehen sich die Interessen von Rollstuhlfahrern und Sehbehinderten gegenüber.

Stadt Schaffhausen Seite 17

Jubiläumsauftritt Keith Richards und die Rolling Stones gaben am Sonntag in London ein viel umjubeltes Konzert.

Von Tag zu Tag Seite 14



Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861

Ausland

Salafisten sagen Protestmarsch ab

KAIRO Die ägyptische Muslimbruderschaft und die Salafisten haben einen für heute geplanten Protestmarsch in Kairo verschoben. Damit sollten Gewalt und Blutvergiessen verhindert werden, sagte ein Vertreter. Gestern traf sich Präsident Mursi mit streikenden Richtern, seine umstrittenen Erlasse wollte er aber nicht zurücknehmen.

Seite 3

Wirtschaft

UBS bekommt Millionenbusse

ZÜRICH Der Fall Adoboli hat für die UBS eine Busse von 44,2 Millionen Franken der britischen Aufsichtsbehörde wegen schwerwiegender Kontrollmängel zur Folge. Zudem hat die Finma die Investmentbank an die Kandare genommen: Sie will jedes neue Geschäft, das die Komplexität erhöht, genehmigen.

Seite 7

Wirtschaft

Griechen müssen weiter zittern

BRÜSSEL Das Zittern um die nächste Tranche des Notkredits geht für Griechenland weiter. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble versuchte gestern, IWF und EZB davon zu überzeugen, dass die Griechen die nächsten vier Jahre ohne Schuldenschnitt überstehen.

Seite 7

Gsaat isch gsaat

«Man kann nicht 1. Klasse fahren und nur für die 2. bezahlen»

Rosmarie Widmer Gysel Regierungsrätin, zu den Konsequenzen der Annahme der Prämienverbilligungs-Initiative

ANZEIGE

Unser Zuhause. Unsere Bank.

Clientis
Ihre regionale Bank

Berlin stoppt Staatsvertrag

Der Fluglärmvertrag mit Deutschland gerät in Turbulenzen. Verkehrsminister Peter Ramsauer fordert Nachverhandlungen.

BERLIN/BERN Die Ratifizierung des Fluglärmstaatsvertrags zwischen der Schweiz und Deutschland verzögert sich. Grund dafür sind heftige Widerstände vonseiten Baden-Württembergs. Deutschland will die Schweiz um Nachverhandlungen über den bereits unterzeichneten Fluglärmstaatsvertrag bitten. Ziel sei, offene Fragen in einer völkerrechtlich verbindlichen Form zu klären, sagte Bundesverkehrsminister

Peter Ramsauer gestern nach einem Treffen mit Vertretern aus Süddeutschland in Berlin. Bis dahin soll mit Schritten zur Ratifizierung im Bundestag gewartet werden. Ramsauer sagte, er wolle Verkehrsministerin Doris Leuthard anbieten, dass die Klärungen etwa als Anhang, Zusatz oder Protokoll beider Seiten geschehen könnten. Falls in einigen Punkten erforderlich, könne auch der Vertrag selbst «noch einmal angefasst» werden. «Dieses Vorgehen setzt voraus, dass von Schweizer Seite Bereitschaft gegeben ist», sagte Ramsauer. Nach allen bisherigen Bemühungen gehe er davon aus, dass diese Bitte nicht abgewiesen werde.

Man sei offen für die Klärung der von deutscher Seite aufgetauchten Fragen, sagte Annetta Bundi, Sprecherin

des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) am Montag auf Anfrage der SDA. Dazu seien aber Nachverhandlungen nicht erforderlich. Das Departement schlägt einen schriftlichen Austausch vor, «was eine rechtsverbindliche Form garantieren würde».

In der Schweiz sehen Politiker dagegen keinen Spielraum für Nachverhandlungen. Offene Fragen sollten aber geklärt werden, teilte Verkehrsministerin Doris Leuthard auf die Bremse stehen soll. Die Ständerätinnen Verena Diener (GLP/ZH) und Brigitte Häberli (CVP/TG) etwa fordern ebenfalls eine Sistierung der Ratifizierung. (sda/r.)

Mehr auf Seite 5

Schwarzwald 14 Tote bei Feuer in einer Behindertenwerkstatt



Tragödie in einer Behindertenwerkstatt der Caritas in Titisee-Neustadt im Schwarzwald: Bei einem Brand kamen gestern 14 Menschen ums Leben. Unter ihnen sind Betreuer und Behinderte. Sieben weitere Personen wurden dabei verletzt. In einer dramatischen Rettungsaktion hatten Feuerwehrleute mit schwerem

Atemgerät zuvor zahlreiche Menschen aus dem brennenden und völlig verrauchten Gebäude geborgen. Nach ersten Erkenntnissen dürfte eine Explosion in einem Lagerraum Ursache des Brandes gewesen sein. In den Werkstätten wird Holz verarbeitet.

Bild Key

Bericht auf Seite 14

Wintersession

Graf präsidiert den Nationalrat

BERN Biobäuerin folgt auf Bauer: Die Baselbieterin Maya Graf ist neue Nationalratspräsidentin. Sie folgt auf Hansjörg Walter (SVP/TG). Mit Graf übernehmen zum ersten Mal die Grünen das formell höchste Amt im Land. Bei der Wahl zum Ständeratspräsidenten blieb Filippo Lombardi (CVP/TI) ein Glanzresultat verwehrt. Ohne Gegenstimme wurde hingegen der Schaffhauser Hannes Germann (SVP) zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Er dürfte in einem Jahr das Stöckli präsidiieren. (r.)

Mehr auf Seite 4

Neue Abfüllstrasse

Falken füllt Bier für Dritte in Dosen ab

SCHAFFHAUSEN Die Brauerei Falken hat gestern ihre neue Abfüllanlage für Dosenbier in Betrieb genommen. Es ist dies die einzige Anlage in der Schweiz, die es unabhängigen Brauereien ermöglicht, ihr Bier im Inland in Dosen abfüllen zu lassen. Die Abfüllstrasse befüllt maximal 15000 Dosen pro Stunde und verarbeitet neben den populären 50-cl- und 33-cl-Dosen auch 25-cl-«Slim Cans». Für 2013 hat Falken bereits vertragliche Zusagen für das Abfüllen von zehn Millionen Dosen. (rf.)

Mehr auf Seite 9

Erfolglosigkeit

FC Zürich trennt sich von Fringer

ZÜRICH Nach nur 148 Tagen im Amt entliess der FC Zürich am Montagabend den erst auf die laufende Saison hin verpflichteten Trainer Rolf Fringer. Der 55-Jährige, der früher auch in Schaffhausen als Spieler und Trainer tätig gewesen war, hatte mit dem FCZ in 17 Spielen nur 17 Punkte geholt. Interimstrainer ist Urs Meier, der bislang für das U-21-Team verantwortlich zeichnete. In einer Pressekonferenz will FCZ-Präsident Ancillo Canepa heute weitere Auskünfte geben. (r.)

Mehr auf Seite 24

Prämienverbilligung

Steuererhöhung ist Thema bei Kanton und Gemeinden

SCHAFFHAUSEN Die Annahme der Initiative zur Prämienverbilligung durch die Stimmberechtigten des Kantons Schaffhausen (siehe SN von gestern) hat Kostensteigerungen zur Folge: Die Verbilligung der Krankenkassenprämien soll ab 2014 10 Millionen Franken mehr kosten und bis 2016 schätzungsweise auf bis zu 15 Millionen Franken mehr ansteigen. Davon würden 5,3 Millionen Franken auf den Kanton und 9,7 Millionen Franken auf die Gemeinden entfallen. Angesichts dieser Mehrkosten denken die Verantwortlichen über Steuererhöhungen nach. So sagte Regierungsrätin **Rosmarie Widmer Gysel**, Chefin des Finanzdepartements, den SN: «Ich stellte bisher keine Begeisterung für Leistungseinschränkungen fest, und aufgrund dieses Abstimmungsresultates dürften es auch andere Leistungs- oder Subventionsanpassungen schwer haben. Wenn das aber so ist, muss die Rechnung über die Steuern bezahlt werden.» Wie eine Umfrage der SN gestern ergab, sind auch in diversen Gemeinden Steuererhöhungen ein Thema. So will etwa **Dino Tamagni**, Neuhauser Finanzreferent, eine Steuererhöhung nicht ganz ausschliessen. (ek)

Mehr auf Seite 15

Naturpark

Weitere wichtige Entscheide

SCHAFFHAUSEN Neun der 19 Gemeinden im Gebiet eines künftigen Regionalen Naturparks Schaffhausen haben bereits entschieden, ob sie beim Park mitmachen wollen oder nicht: Auf sechs Ja kommen drei Nein. Diese Woche ist der Park in drei weiteren Gemeinden ein Thema: in Büttenhardt, Gächlingen und Hallau. Vor allem Hallau dürfte spannend werden, weil die Gemeinde wie keine andere für den Rebbau steht, einen der Schwerpunkte des Naturparks. Doch auch wenn einzelne Gemeinden den Park ablehnten, sei er noch nicht gescheitert, sagt der Projektleiter des Parks. (zge)

Bericht auf Seite 15

ANZEIGE

Schiff Ahoi 2012

Sehen
Hören
Erleben

Informieren
Probieren
Profittieren

NOCH 3 TAGE
Fr. 30. Nov. bis So. 2. Dez.
jeweils 10 bis 18 Uhr

NEUHEITEN - SHOW
auf der MS Munot, Schifflände/SH

betz Wohn- & Bürodiesign

Sauter AG
Audio TV Video
Vordergasse 31 - 8200 Schaffhausen
052 634 04 04 - sauterag.ch



Neuhauser Sonntagsverkauf Für viele bietet der Sonntagsverkauf die Gelegenheit, Bekannte zu treffen. **Region Seite 17**

Abgelehnt Die Budgetgemeinde Neunkirch lehnt den beantragten Gewerbelandkauf über 904 000 Franken ab. **Klettgau Seite 18**

Naturpark: Weitere entscheidende Woche

Drei Gemeinden lehnen den Naturpark bis jetzt ab, sechs sind dafür. Diese Woche stimmen drei weitere Gemeinden ab.

VON ZENO GEISSELER

Gleich fünf Gemeinden haben am letzten Freitag über ihr Jahresbudget und damit auch über den Betrag für den Regionalen Naturpark Schaffhausen abgestimmt: Trasadingen und Oberhallau haben den Naturpark aus dem Voranschlag gestrichen, Barga, Neunkirch und Rüdlingen hingegen haben ihn angenommen. Im Falle von Barga war der Entscheid eine reine Formsache: Die Gemeinde hatte schon im Juni über den Naturpark abstimmen lassen und sich für die Mitgliedschaft entschieden.

Mitte November hatten bereits Thayngen (Ja) und Schleithem (Nein) im Rahmen des Budgets über den Naturpark abgestimmt. Inclusive der deutschen Kommunen Jestetten und Lottstetten haben nun neun der 19 Gemeinden im Perimeter entschieden, ob sie in der Errichtungsphase des Parks mittun wollen oder nicht. Sechs Gemeinden sind dafür, drei dagegen.

Zweiteilung wäre möglich

Bereits übermorgen geht es mit dem Abstimmungsreigen weiter. Dann ist Büttenhardt dran, am Freitag sind Gächlingen und Hallau an der Reihe. Insbesondere Hallau wird spannend sein, weil der Naturpark auf drei Standbeinen fusst: Randen, Rhein und Reben. Wenn die grösste Rebbaugemeinde des Kantons bei der Errichtung des Naturparks nicht mitmachen sollte, wackelt das entsprechende Standbein stark.

In zwei Wochen entscheiden die Gemeinden Beringen, Schaffhausen und Stetten über das Budget und damit über den Naturpark. Gravierend wäre vor allem ein Nein der Stadt Schaffhausen,



Ist nicht Teil des Naturparks: Schleithem, hier der Rendenturm.

Bild Selwyn Hoffmann

denn damit würde der Park zerteilt: in ein grösseres Gebiet im Westen rund um Neunkirch und in ein kleineres im Osten rund um Thayngen. Eine Aufteilung des Naturparkgebietes ist nicht vorgesehen, er muss ein zusammenhängendes Gebiet sein.

Doch selbst ein solches Szenario würde noch nicht zwingend das Ende der Naturparkpläne in der Region bedeuten, sagt Christoph Müller von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), der das Schaffhauser Naturparkprojekt operativ leitet: «Auch in anderen Naturparkprojekten gab es während der Errichtungsphase Flickenteppiche.» Dies bedeute nicht das Ende für das Projekt. Auch abgetrennte Gemeinden dürften weiterhin bei der Errichtung mitmachen. Es sei auch möglich, dass Gemeinden, die jetzt Nein ge-

stimmt hätten, in der Errichtungsphase wieder dazustiesen. «Wichtig ist aktuell nur, dass der geplante Park mindestens 100 Quadratkilometer misst.» Das schafft der Schaffhauser Naturpark locker: Er ist nach den drei Nein zwar geschrumpft, aber bloss von rund 230 auf knapp 200 Quadratkilometer. Rein von der Fläche her könnte das Projekt also noch weitere Austritte verkraften.

Ernst gilt es dann spätestens bei Beginn der Betriebsphase ab Anfang 2017. Dann muss sich der Park als einheitliches Gebiet präsentieren.

«Keine weiteren Aktionen»

Mit Spannung wartet auch der Gächlinger Landwirt Andreas Schnetzler auf die Entscheide in den Gemeinden. Er gehört zu einer Gruppe, die den Naturpark ablehnt und in alle Gemein-

den mit Gemeindeversammlungen rund 7000 Flugblätter verschickt hat. Eine Aktion, die umstritten war. Hans Rudolf Meier, der Präsident des Vereins «Regionaler Naturpark Schaffhausen», wirft Schnetzler vor, seine Argumente seien schlicht falsch.

Schnetzler selbst sagt, dass keine weiteren Aktionen geplant seien. «Es liegt jetzt an den Gemeinden zu entscheiden.» Abschreiben könne man den Naturpark jedenfalls noch nicht. Zuerst müsse man abwarten, wie die Gemeinden abstimmen und dann Bilanz ziehen. «Wichtig ist, dass man auch nach einem allfälligen Nein zum Park versucht, die Region gemeinsam vorwärtszubringen», sagt Schnetzler.

Das Endresultat ist am 12. Dezember bekannt. Dann entscheiden mit Löhningen und Merishausen die beiden letzten Gemeinden.

Naturpark Aktueller Stand der Abstimmungen

Im Rahmen ihrer Budgets für 2013 stimmen viele Schaffhauser Gemeinden derzeit auch darüber ab, ob sie in der Errichtungsphase beim regionalen Naturpark Schaffhausen mitmachen wollen. Hier die bisherigen Entscheide beziehungsweise die Termine für die Beschlussfassung in den Gemeinden:

Barga: Ja.
Beringen: 11. Dezember.
Büttenhardt: 29. November.
Gächlingen: 30. November.
Guntmadingen: Keine eigene Abstimmung; Fusion mit Beringen per 2013.
Hallau: 30. November.
Jestetten: Ja.
Löhningen: 12. Dezember.
Lottstetten: Ja.
Merishausen: 12. Dezember.
Neunkirch: Ja.
Oberhallau: Nein.
Rüdlingen: Ja.
Schaffhausen: 11. Dezember.
Schleithem: Nein.
Sibilingen: 4. Dezember.
Stetten: 11. Dezember.
Thayngen: Ja.
Trasadingen: Nein.
Wilchingen: 5. Dezember.

Bereits früher gegen eine Mitgliedschaft entschieden hatten sich **Begglingen, Buchberg, Lohn** und **Neuhausen**.

Der weitere Zeitplan:

Januar 2013: Eingabe Managementplan beim Bund; Beginn Errichtungsphase
Sommer 2013: Park erhält Kandidatenstatus
2016: Abstimmungen in den Gemeinden über die Betriebsphase
2017: Beginn Betriebsphase; Park erhält Label «Naturpark von nationaler Bedeutung» (zge)

Nachgefragt Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel, Vorsteherin des Finanzdepartements

«Rechnung muss über Steuern bezahlt werden»

Am vergangenen Wochenende ist die Prämienverbilligungs-Initiative der AL von den Stimmberechtigten des Kantons Schaffhausen gutgeheissen worden (siehe SN von gestern). Dadurch steigen die Kosten für die Prämienverbilligung. Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel nimmt Stellung.



Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel.
Bild Selwyn Hoffmann

Wegen der Prämienverbilligungs-Initiative steigen die Ausgaben des Kantons ab 2014 um 3,5 Millionen Franken. Ist das verkraftbar?

Rosmarie Widmer Gysel: Die Kantonsverfassung verpflichtet uns, die Staatsrechnung mittelfristig auszugleichen. Wir haben mit dem Finanzplan aufgezeigt, dass dies bis 2016 möglich wird, sofern das Entlastungspaket ESH3 vollständig umgesetzt wird, die beiden Volksinitiativen «Prämienverbilligung» und «Steuern runter» abgelehnt werden und die wirtschaftliche

Entwicklung günstig verläuft. Über die ESH3-Vorlage vom 22. Mai 2012 hat der Kantonsrat noch nicht entschieden; die Prämienverbilligung führt ab 2014 zu Mehrausgaben von rund 11 Millionen Franken, die sich bis 2016 schätzungsweise auf 15 Millionen Franken (Kantonsanteil 5,3 Millionen Franken; Gemeindeanteil 9,7 Millionen Franken oder rund 130 Franken pro Einwohner) erhöhen. Auch wenn die Abstimmungen über die Steuersenkungen und der ESH3-Entscheid noch ausstehen: Das ist nicht verkraftbar.

Das heisst aber, dass das Geld, das für die Prämienverbilligung gebraucht wird, irgendwo eingespart werden muss. Wo soll das sein?

Widmer Gysel: Das frage ich mich Tag und Nacht! Klar ist, dass die Zusatzausgaben bei der Prämienverbilligung Leistungskürzungen in anderen Bereichen erfordern, wenn es null für null aufgehen muss.

Die Initianten fordern, das benötigte Geld solle nicht durch Einsparungen, sondern durch Steuererhöhungen heringeholt werden. Ist das für Sie eine Option?

Widmer Gysel: Es ist beim Kanton gleich wie bei einem Privathaushalt: Will er für etwas mehr Geld ausgeben, muss an einem anderen Ort gespart werden, es braucht Mehreinnahmen oder von beidem etwas. Ich stellte bisher keine Begeisterung für Leistungseinschränkungen fest, und aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses dürften es auch andere Leistungs- oder Subventionsanpassungen schwer haben. Wenn das aber so ist, muss die Rechnung über die Steuern bezahlt werden. Man kann nicht in der 1. Klasse fahren und nur für die 2. Klasse bezahlen.

Interview Erwin Künzi

Umfrage bei den Gemeinden Debatten um den Steuerfuss dürften im kommenden Jahr anstehen

Das Hauptgewicht der Kosten für die zusätzliche Prämienverbilligung ab 2014 werden die Gemeinden zu tragen haben. Fragt man nach, wird deutlich, dass die Auswirkungen des Urnengangs beträchtlich sein werden: Genaue Zahlen gebe es noch nicht, «wir rechnen aber mit Mehrkosten von rund 1,5 Millionen Franken», sagt Peter Neukomm, Finanzreferent der Stadt Schaffhausen. Woher die Stadt dieses Geld nehmen wird, ist derzeit noch offen: «Darüber müssen wir uns im Budgetprozess für das Jahr 2014 Gedanken machen», sagt Neukomm. Neukomm: «Es wird eng, das ist uns jetzt schon bewusst.»

«Das wird sehr schwierig!», sagt der Neuhauser Finanzreferent Dino Tamagni, der nun die ganzen Finanzpläne überarbeiten muss und wird. 850 000 Franken Mehrkosten erwartet die Gemeinde Neuhausen am Rheinfluss ab dem Jahr 2014. «Der Gemeinderat, das Parlament und das Volk werden gefordert sein», sagte Tamagni, der auch eine mögliche Steuererhöhung nicht ganz ausschliessen kann. Auf der

einen Seite würden die Ausgaben stetig steigen, die Einnahmen aber nicht, legt Tamagni das Problem der Gemeinde dar. Bis zum 1. Januar 2014 muss der Gemeinderat eine Lösung finden. «Bei uns ist die Luft raus», so Tamagnis Fazit. Auch in Thayngen muss man nochmals über die Bücher: «Wir werden sicher nochmals eine Sparrunde ansetzen, daneben wird aber auch die Diskussion um den Steuerfuss erneut in Gang kommen», vermutet Philippe Brühlmann, Gemeindepräsident von Thayngen. Bereits jetzt habe die Gemeinde zusätzliche Aufgaben von Bund und Kanton zu übernehmen, «wir stehen vor einem Problem», sagt Brühlmann. «Für mich ist wichtig, dass wir die Situation nochmals genau analysieren», sagt Hans Rudolf Schuler, Gemeindepräsident von Beringen. Danach könne man entscheiden, welche Massnahmen notwendig seien. Möglich seien Zusatzausgaben, die 2 bis 4 Steuerprozent entsprächen, «dieses Geld muss man zuerst wieder irgendwo hernehmen», sagt Schuler. (rob/ch)